



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT

**Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

Mit ihren 11,5 Millionen Einwohnern – Luxemburgern, Belgiern, Franzosen, Deutschen und Europäern – ist die Großregion ein ständiges europäisches Laboratorium. Die grenzüberschreitende Realität ist in der DNA ihrer Bürgerinnen und Bürger verankert.

Angesichts der knapp 250.000 Menschen in der Großregion, die jeden Tag über eine Grenze fahren, um einer beruflichen oder wirtschaftlichen Tätigkeit nachzugehen, liefert die Großregion den Beweis dafür, wie absolut notwendig es ist, die europäische Integration immer weiter zu festigen unter Wahrung einer Demokratie, die die Besonderheit eines und einer jeden anerkennt.

Vor diesem Hintergrund ist es dem Interregionalen Parlamentarierrat (IPR) der Großregion ein Anliegen, seinen Beitrag zur Konferenz zur Zukunft Europas zu leisten.

Die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger der Großregion muss zur Regel werden und darf nicht länger die Ausnahme sein!

Die Mobilität der Grenzgänger ist zwar eine zunehmende Realität, sie offenbart jedoch Ungleichheiten beim Zugang und bleibt das Privileg einer Minderheit.

Daher ruft die Großregion durch eine ehrgeizige, im Entstehen begriffene europäische Politik dazu auf, die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger in Europa zur Regel zu machen. Sie darf nicht länger die Ausnahme sein.

Die Entwicklung von grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrsnetzen ist ein wichtiger Schritt, um die Mobilität zwischen den Mitgliedstaaten für möglichst viele Bürger zugänglich zu machen.

Die Mobilität junger Menschen innerhalb der Europäischen Union (EU) und die damit verbundenen persönlichen Erfahrungen sind von entscheidender Bedeutung, um die europäische Idee zu formen und Europa erlebbar zu machen.

So sollten junge Menschen in der Ausbildung stärker unterstützt werden, damit sie während ihrer Ausbildung solche europäischen Erfahrungen sammeln können. Europäische Aufenthalte aller Art sollten gefördert und unterstützt werden und grenzüberschreitende Berufsausbildungen, die mit einer systematischen Anerkennung sowohl von Abschlüssen als auch von beruflichen Qualifikationen und Querschnittskompetenzen einhergehen, sollten verstärkt werden.

Die Teilnahme junger Menschen an diesen Mobilitätsprogrammen und an der grenzüberschreitenden Berufsausbildung spielt eine zentrale Rolle, um der anhaltenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften in Europa gerecht zu werden. Diese Programme müssen verstärkt auch auf den Erwerb von Sprachkenntnissen setzen, ebenso wie auf die stärkere Berücksichtigung von Kenntnissen der Kulturen und Lebensweisen der europäischen Länder unter Achtung der Unterschiede und der Anerkennung ihrer Vielfalt.

Dies trägt dazu bei, die Bedeutung der EU sichtbar und konkret zu machen und somit die gemeinsame europäische Identität in den Köpfen und Herzen der jungen europäischen Bürgerinnen und Bürger fest zu verankern.



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT

Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

Um dies zu ermöglichen, ist es nach wie vor notwendig, den Abbau bestehender Hürden für jegliche grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter voranzutreiben.

Rechtliche Hürden für die Zusammenarbeit immer weiter abbauen, neue Kooperationen fördern, um die Sicherheit, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaftsförderung zu gewährleisten und Veränderungen zu begleiten.

Im Alltag sind die europäischen Bürgerinnen und Bürger mit erheblichen gesetzlichen und administrativen Asymmetrien innerhalb der EU konfrontiert und müssen sich mit neuen großen Veränderungen auseinandersetzen. Der IPR der Großregion stellt dies regelmäßig fest. Beispiele sind Sprachbarrieren, unterschiedliche institutionelle Systeme, unkoordinierte politische Maßnahmen.

In Kenntnis dieser Hindernisse und des Bedarfs an neuen koordinierten Maßnahmen unterstützt der IPR der Großregion insbesondere folgende Aspekte:

- **Die Fortsetzung aller Initiativen zur Schaffung eines neuen Rechtsinstruments für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit** nach dem Vorbild des leider vertagten Entwurfs der „ECBM“-Verordnung. Wenn eine Lösung auf EU27-Ebene nicht möglich ist, unterstützt der IPR jede Initiative zur Schaffung eines ähnlichen Instruments auf bilateraler Ebene, wenn dies nicht auf multilateraler Ebene möglich ist, nach dem Vorbild der durch den Vertrag von Aachen eröffneten Möglichkeit oder der im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Artikel 326 bis 334) vorgesehenen verstärkten Kooperationsmechanismen zwischen europäischen Staaten.
- **Die Wahrung des Wohlergehens der Bürgerinnen und Bürger in Europa. Die Menschen in Europa und in den Grenzregionen wollen in Sicherheit leben. Daher wird die europäische Idee nur dann mehr Akzeptanz finden, wenn diese Themen ganz oben auf der europäischen Agenda stehen.**

In einer Zeit, in der terroristische Gefahren oder schwere Kriminalität bestehen bleiben, muss eine abgestimmte Zusammenarbeit mit den Polizei- und Justizbehörden in Europa immer wichtiger werden, um die Sicherheit der Menschen in Europa und in den Grenzregionen zur Verteidigung eines sichereren Europas zu gewährleisten.

*Darüber hinaus ist die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden angesichts der **Klimanotlage**, die prinzipiell keine Grenzen kennt, notwendiger denn je.*

*In Anbetracht der jüngsten Unwetter in Belgien und Deutschland im Juli 2021, bei denen viele Bürgerinnen und Bürger ihr Eigentum oder sogar ihre Familien oder ihr Leben verloren haben, ist es höchste Zeit, dass **die für den Schutz tätigen Akteure auf europäischer Ebene koordinierter handeln**. Diese spielen eine zentrale Rolle. In Zukunft muss die EU dieses Thema vorrangig behandeln.*



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT

Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

*Schließlich wirft die Migration bei den Bürgerinnen und Bürgern Fragen auf. Daher **muss eine europäische Migrationspolitik auf den Weg gebracht werden und unter Achtung der Menschenrechte Ergebnisse liefern**, sowohl an den Außen- als auch an den Binnengrenzen der Europäischen Union.*

- **Die Begleitung des industriellen, technologischen, ökologischen Wandels**, indem mithilfe des Europäischen Green Deal ein wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel hin zu Klimaneutralität gestaltet führt. Dieser Wandel muss inklusiv sein, die Berücksichtigung der sozialen Dimension gewährleisten und so zum Aufbau eines sozialeren und gerechteren Europas beitragen.
- **Die stärkere Berücksichtigung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung** auf EU-Ebene, um die Klimakrise zu bewältigen und einen gerechten Wandel herbeizuführen. Dies geschieht unter anderem durch eine nachhaltige, umweltfreundliche Landwirtschaft, den klimaneutralen Umbau von Produktionsprozessen, eine nachhaltige Abfallwirtschaft auf kontinentaler und globaler Ebene und fordert dazu auf, **das Modell der Kreislaufwirtschaft zu bevorzugen**, dessen Ziel es ist, eine sozial und ökologisch vernünftige, möglichst lange Nutzung von Materialien und Energie zu fördern.
- **Und gleichzeitig die Wahrung und Stärkung der Grundwerte der Europäischen Union**, seien es die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit, die Gleichstellung von Männern und Frauen, die Rechte von LGBTIQ+-Personen oder eine Migrationspolitik, die die Menschenwürde achtet.
- Die Konvergenz zwischen den Sozial- und Steuerstandards der Mitgliedstaaten, die für eine harmonische wirtschaftliche Integration der Europäischen Union eine notwendige Voraussetzung ist.
- Die Entwicklung von grenzüberschreitenden Projekten vom Typ INTERREG, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken, insbesondere zwischen jenen mit einer starken wirtschaftlichen grenzüberschreitenden Aktivität.

Stärkere Anerkennung der grenzüberschreitenden Realität und der Ausübung aller damit verbundenen Freiheiten

Die Corona-Krise hat es uns wieder in Erinnerung gerufen: Durch die einseitige und unkoordinierte Schließung ihrer Grenzen haben die EU-Mitgliedstaaten nicht nur den Grundsatz der Freizügigkeit von Personen gefährdet, sondern auch und vor allem die grenzüberschreitende Realität ignoriert. **Der IPR ruft dazu auf, keine Beschränkungen des Grenzübertritts mehr zuzulassen** oder diese wiederholt anzuordnen! Damit diese nur eine kurze und unbeabsichtigte Reaktion auf eine unerwartete und unvorhersehbare Krise in der Vergangenheit bleiben.



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT

**Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

Während der Corona-Krise wurde im Übrigen massiv auf Telearbeit zurückgegriffen als Folge der Lock-downs und der Maßnahmen zur sozialen Distanzierung. Den Grenzgängerinnen und Grenzgängern in Telearbeit, die gezwungen sind, in ihrem Wohnsitzland zu bleiben, drohte die Gefahr einer neuen steuerlichen Regelung je nachdem, an welchem Ort sie ihre berufliche Tätigkeit ausüben. Ähnliches gilt für die unterschiedlichen Sozialgesetzgebungen. Auch wenn vorläufig bilaterale Abkommen geschlossen wurden, appelliert der IPR der Großregion an die Instanzen der EU, die **Umsetzung eines echten europäischen Statuts für Grenzgängerinnen und Grenzgänger in Telearbeit** in Erwägung zu ziehen. Dies wäre eine Antwort, die der grenzüberschreitenden Realität endlich Rechnung tragen würde.